

04. April 2012

Postulat

von Patrick Hadi Huber (SP)
und Peter Küng (SP)

Nach dem positiven Entscheid des Kantonsrates zur Realisierung des Polizei- und Justizzentrums wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie er eine quaternahe Nutzung des Kasernenareals gewährleisten kann. Dabei sind insbesondere ein allenfalls möglicher Erwerb des Grundstücks durch die Stadt und dessen Folgen abzuklären. Des Weiteren sind die städtische Zielsetzung darzulegen und der Einbezug des Quartiers zu gewährleisten.

Begründung:

Nach dem positiven Bauentscheid des Stimmvolkes von September 2011 vollzog der Kantonsrat am 26. März 2012 den Volkswillen für den Bau des PJZ. Damit stellt sich nach jahrzehntelanger Debatte die Frage nach der zukünftigen Nutzung des Kasernenareals. In einem zweimaligen Abstimmungskampf erlangte das Projekt PJZ die Unterstützung breiter Kreise im Kanton und in der Stadt nicht zuletzt wegen der Versprechen einer Öffnung des Areals für die Bevölkerung. Nun gilt es endlich, die Forderungen und Wünsche des Quartiers und der Stadt zu klären und diese gegenüber dem Kanton einzubringen.

Der Stadtrat hat an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Regierungsrat bereits entsprechende Signale gesetzt. Nun ist dafür zu sorgen, dass ein breit abgestützter Mitwirkungsprozess eingeleitet wird, um das Gelände langfristig für die Bevölkerung nutzbar zu machen.

Antrag auf Dringlichkeit

